

Nach dem Tod von Osama bin Laden muss der Krieg in Afghanistan beendet werden

Bundesregierung und NATO müssen sich jetzt entscheiden, ob sie an der Vorbereitung eines Friedensprozesses in und um Afghanistan mitwirken wollen.

Otmar Steinbicker

Die Umstände, unter denen Top-Terrorist Osama bin Laden von einem US-Spezialkommando getötet wurde, werfen Fragen auf. Kann Bin Ladens Tod den Abzug der internationalen Truppen aus Afghanistan beschleunigen? Otmar Steinbicker veranschaulicht in seinem Artikel die Chancen für Friedensverhandlungen in Afghanistan.

Offensichtlich war die Tötung von vornherein geplant, eine Gefangennahme und ein anschließender Prozess nicht geplant. Damit ist US-Präsident Barack Obama in die Fußstapfen seines Amtsvorgängers George W. Bush getreten. Der hatte mit seinem Verhalten nach dem 11. September 2001 sehr schnell dafür gesorgt, dass Zweifel an der Aufarbeitung der Attentate aufkamen und Spekulationen und Verschwörungstheorien ins Kraut schossen. Die Umstände des Todes Osama bin Ladens bieten dafür leider reichlich neuen Stoff. Das schlimmste Attentat der Weltgeschichte wird nach dem Tod bin Ladens wohl nie mehr zweifelsfrei aufgeklärt, die Schuldfrage nie von einem unabhängigen Gericht beantwortet.

Um welche Ziele geht es?

Doch in den USA und hierzulande stellt man sich zunehmend eine andere Frage. Die *Washington Post* formulierte sie am 3. Mai 2011 so: „Wird bin Ladens Tod den Abzug aus Afghanistan beschleunigen oder verzögern?“ Schließlich wurde der Afghanistankrieg von den USA damit begründet, dass man den Urheber der Attentate fangen wollte. Folgt man dieser Logik, müsste der Krieg sofort beendet werden. Das Ziel ist erreicht. Es

ist gut vorstellbar, dass abzugswillige Nato-Verbündete in den nächsten Tagen und Wochen daran erinnern werden. Auch in den USA werden Stimmen laut, die für ein Ende des Krieges plädieren. Bei Umfragen sagte schon vor bin Ladens Tod jeder Dritte, dass dieser Krieg keinen Sinn mehr mache. Auch mehr und mehr Kongressabgeordnete sehen die riesigen Geldsummen, die bei einem Kriegsende für die Haushaltssanierung frei würden. Aufmerksame Beobachter bezweifeln schon lange, dass die Ergreifung des Top-Terroristen für die USA das entscheidende Kriegsziel war. Um welche Ziele geht es in diesem Krieg für wen? Das wird vielleicht die entscheidendere Frage für eine Beendigung des Afghanistankrieges sein. Fragt man die Bundesregierung, so ging es ihr schon lange nicht mehr um bin Laden. Auf den 108 Seiten ihres *Fortschrittsberichts Afghanistan* vom Dezember 2010 taucht sein Name nur zweimal kurz auf. Auch sein Terrornetzwerk Al Kaida ist dort kaum noch der Rede wert.

Gespräche wurden abgebrochen

Liest man diesen Bericht aufmerksam, so geht es dort vor allem um eine stabile Nachkriegsordnung für Afghanistan unter Einbeziehung der Taliban. Dass die nicht einfach per Krieg zu erreichen ist, ist der Bundesregie-

rung bewusst. Ein Schlüsselsatz lautet: „Der Weg zu einem stabilen und sicheren Staat erfordert letztlich eine politische Lösung, einen Prozess der Verständigung und des politischen Ausgleichs mit der Insurgenz.“ Doch dazu bräuchte es Gespräche und Verhandlungen mit der Insurgenz, also den aufständischen Taliban. Die Taliban sind dazu bereit; die Bundesregierung hingegen nur dann, wenn sich die USA beteiligen. Solche Gespräche haben zwischen Offizieren der Isaf und hochrangigen Vertretern der Taliban im Juli und August 2010 stattgefunden und zu interessanten Ergebnissen und Perspektiven für eine Übergangslösung geführt. Die Bundesregierung ist darüber informiert. Sie weiß auch, dass die Gespräche von Isaf auf US-Druck abgebrochen wurden. Aber sie weiß nicht, wie sie die USA an den Gesprächstisch bringen soll. Denn die US-Regierung verfolgt zunehmend deutlich ein anderes Ziel in Afghanistan: die langfristige Installation von US-Militärstützpunkten in diesem für Militärs geostrategisch hoch interessanten Land. Doch Militärstützpunkte sind unvereinbar mit einem „Prozess der Verständigung und des politischen Ausgleichs mit der Insurgenz“.

Den Befürwortern eines sofortigen Abzugs aus Afghanistan wird vorge-

Quelle: www.flickr.com/photos/jsafmedia/4048521207



Provinzgouverneure aus Kunar, Nangarhar, Nuristan, Langham und über 300 Stammesführer und Dorfälteste nahmen an der ersten regionalen Friedens-Jirga in Nangarhar im Oktober 2009 teil.

worfen, sie seien verantwortungslos, weil sie sich nicht dafür interessieren, was aus Afghanistan nach dem Abzug der internationalen Truppen wird. Doch sind die Befürworter eines zeitlich begrenzten weiteren Verbleibs der Bundeswehr verantwortungsvoller? Haben sie ein Konzept für eine friedliche Entwicklung in Afghanistan für die Zeit nach einem Truppenabzug 2014 oder später? Bisher ist davon nichts zu sehen. Mithilfe der künstlich aufrecht erhaltenen Fantasie, die Taliban mit Gewalt an den Verhandlungstisch zwingen zu können, wurden Friedensverhandlungen dagegen verhindert.

War im Vorfeld der Mandatsverlängerung noch die Rede davon, dass bereits zum Ende 2011 der Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan beginnen und die Verantwortung für die Sicherheit im Lande nach und nach bis 2014 an die afghanische Armee und Polizei übergeben werden soll, so wird diese Perspektive im Text des vom Kabinett beschlossenen Mandats arg verwässert. Geäußert wird lediglich die Zuversicht, „im Zuge der Übergabe der Sicherheitsverantwortung die Präsenz der Bundeswehr ab 2011 reduzieren zu können“. Jeder „sicherheitspolitisch vertretbare Spielraum“ solle genutzt werden für eine frühestmög-

liche Reduzierung, „soweit die Lage dies erlaubt und ohne dadurch unsere Truppen oder die Nachhaltigkeit des Übergabeprozesses zu gefährden“. Das klingt nicht so, als sei man auch nur ansatzweise optimistisch, dass das Konzept funktionieren würde. Die Formulierungen zeigen Verunsicherung und Konzeptionslosigkeit. *De facto* wird mit der Verlängerung des Mandats auf eine Verlängerung und auf eine Intensivierung des Krieges gesetzt, obwohl jede nüchterne Bilanz zeigt, dass eine Ausweitung des Krieges zugleich eine Ausweitung des Aufstandes bewirkt.

Militärischer Druck allein ist keine Lösung

Aber wie lässt sich ein Prozess der Verständigung und des politischen Ausgleichs mit der Insurgenz, also den aufständischen Taliban starten? Kann oder muss man sie an den Verhandlungstisch zwingen? Kai Eide, von 2008 bis Februar 2010 UNO-Gesandter in Afghanistan, schrieb dazu am 29. Dezember 2010 in einem Beitrag für den Tagesspiegel, die Aachener Nachrichten und aixpaix.de: „Der Glaube, die Taliban seien eher zu Gesprächen bereit, wenn größerer militärischer Druck ausgeübt werde, beruht auf einem schwerwiegenden

Missverständnis ihrer Denkweise. Es mag ja möglich sein, die Aufständischen für eine Weile in einigen Gebieten zurückzudrängen. Doch die Taliban werden sich nicht in einen demütigenden Dialog zwingen lassen; und außerdem wird noch mehr Gewaltanwendung zu weiteren Rekrutierungen von Aufständischen führen.“

Weiter schreibt Eide: „Es ist daher an der Zeit zu prüfen, wie die militärischen Aktionen zurückgefahren werden können, anstatt zu überlegen, wie sie verstärkt werden können. Alle Seiten sollten ihre Bereitschaft zeigen, vertrauensvoll in einen politischen Dialog zu treten. Um festzustellen, ob solche Bereitschaft existiert, sollten begrenzte Einstellungen von Kampfhandlungen ausgelotet werden; sie könnten zeitlich und regional begrenzt werden und entsprechend ausgedehnt werden, falls sie sich als erfolgreich erweisen.“ Wer auch immer eine politische Lösung, einen politischen Ausgleich mit den Aufständischen sucht, muss berücksichtigen, dass die Basis jeglicher Friedenslösung für Afghanistan eine Verständigung der unterschiedlichen afghanischen Akteure bedeutet. Darauf kann und muss dann eine Verständigung der Nachbarländer und der internationalen Akteure zur Sicherung dieser Friedenslösung aufbauen.

Afghanische Traditionen

Für die innerafghanische Konfliktlösung sind wiederum die für uns sicherlich fremde afghanische Kultur und die historischen Erfahrungen des afghanischen Volkes mit Kriegen, Konflikten und Konfliktlösungen zu berücksichtigen.

Gegensätze und Konflikte – auch blutige Konflikte – durchziehen die afghanische Gesellschaft nicht erst seit den letzten 30 Jahren Krieg und Bürgerkrieg. Die Afghanen haben im Laufe der Jahrhunderte eigene, für sie funktionierende Formen ziviler Konfliktlösung gefunden, die aus unserer

Sicht vielleicht archaisch anmuten, aber immer lösungsorientiert sind. Die traditionellen Gegensätze und Konflikte innerhalb der afghanischen Gesellschaft sind allgemein bekannt. Daher will ich sie hier nur stichwortartig nennen:

- traditioneller Gegensatz zwischen städtischer „Moderne“ und ländlichem „Mittelalter“,
- traditionelle Konflikte zwischen verschiedenen Nationalitäten,
- traditionelle Konflikte zwischen verschiedenen Stämmen innerhalb der Nationalitäten, mit häufig wechselnden Koalitionen, auch zwischen Familien innerhalb der Stämme.

Aber neben den traditionellen Konflikten gibt es auch ebenso traditionelle Formen ziviler Konfliktlösungen. Das waren und sind vor allem Versammlungen (Jirgas) von den Dorfältesten bis zu den Stammesführern der großen afghanischen Stämme. Die Afghanen haben in Jahrhunderten blutiger Auseinandersetzungen gelernt, Konflikte durch Verhandlungen und Kompromisslösungen zu beenden. Verhandlungen und Kompromisslösungen kamen und kommen nicht nur bei Streitigkeiten zwischen Stämmen und Nationalitäten zur Anwendung, sondern auch beim Streit zwischen Familien und Individuen – auch in Ermangelung eines allgemein akzeptierten Justizsystems, das auf römischem Recht basiert. Die Form, Konflikte durch Verhandlungen und Kompromisse zu lösen, gehört also zum unmittelbaren Kern der afghanischen Kultur. Jeder Afghane kennt sie und weiß damit umzugehen, gleich ob er zur Nordallianz oder zu den Taliban, zu dieser oder jener Nationalität, zu diesem oder jenem Stamm gehört.

Für Historiker ist dabei sicherlich erstaunlich: Bei allen schweren Konflikten, die die afghanische Zivilge-

sellschaft seit Jahrhunderten durchziehen, ist es ausländischen Mächten niemals gelungen, dauerhaft eine Herrschaft über Afghanistan zu sichern. Nicht einmal das britische Kolonialreich, das wie kein anderes eine wahre Meisterschaft entwickelt hatte, in seinen Kolonien unterschiedliche Volksgruppen gegeneinander aufzubringen, um so besser die Herrschaft sichern zu können, hatte in Afghanistan Erfolg. Gegen solche Spaltungsversuche standen eine starke Verankerung des Islam und ein afghanisches Nationalgefühl. Die Verbindung von beidem hielt trotz der starken und vielfältigen Konflikte die Gesellschaft zusammen.

Forderungen der Friedens-Jirga

An die afghanische Tradition der Konfliktlösung knüpfte sehr bewusst die am 8./9. Mai 2008 von mehr als 3 000 vorwiegend paschtunischen Stammesführern, religiösen Würdenträgern, Abgeordneten und Intellektuellen gegründete Nationale Friedens-Jirga Afghanistans an. Sie darf trotz Namensgleichheit nicht verwechselt werden mit der von Präsident Karsai einberufenen „Friedens-Jirga“. Die Stammesführer der Nationalen Friedens-Jirga, die die kriegsmüde Bevölkerung vor allem

des Südens und Ostens repräsentieren, forderten eine Verhandlungslösung für Afghanistan, die alle Teile der afghanischen Gesellschaft inklusive der Taliban einbezieht, sowie den Abzug der ausländischen Truppen. An der Gründung dieser Nationalen Friedens-Jirga Afghanistans nahmen als Gäste auch ausländische Diplomaten, darunter Vertreter der Deutschen Botschaft, teil. Im Juli 2009 versicherte der damalige UNO-Präsident in Afghanistan, Kai Eide, der Nationalen Friedens-Jirga Afghanistans seine Unterstützung. Am 1. September 2008 verabschiedeten die Nationale Friedens-Jirga Afghanistans und die deutsche Koalition für den Frieden – ein Zusammenschluss von mehr als 50 der größten deutschen Friedensorganisationen und -initiativen – eine gemeinsame Erklärung. Darin wurden auch Forderungen und Vorschläge an die Bundesregierung formuliert:

1. Keine weiteren Kampfhandlungen auf dem Territorium Afghanistans. Die Zahl der in Afghanistan stationierten Bundeswehrsoldaten darf nicht erhöht werden, sondern es muss eine konkrete Planung mit festen Daten für einen raschen Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan vorgelegt werden.



Der Provinzgouverneur vonKunar, Fazlullah Wahidi, spricht zu den Delegierten der Friedensjirga in Nangarhar

Quelle: www.flickr.com/photos/isafmedia/4049268280

2. Durch eigene Schritte, eventuell gemeinsam mit anderen europäischen Regierungen, islamischen und blockfreien Ländern, in Gesprächen mit den unterschiedlichen Gruppierungen der afghanischen Opposition einschließlich der Taliban und mit der afghanischen Regierung eine neue Tür für Verhandlungen zu öffnen und einen Verhandlungsprozess nach Kräften zu fördern.

3. Zivile Hilfe je nach Bedarf bis zu dem Betrag aufzustocken, der durch den Abzug der Truppen frei wird.

4. Durch eigene diplomatische Schritte, eventuell gemeinsam mit anderen europäischen Regierungen, islamischen und blockfreien Ländern die Perspektive einer internationalen Konferenz Afghanistans und seiner Nachbarstaaten (Pakistan, Iran, Usbekistan, Tadschikistan u.a.) zu eröffnen, um die Souveränität Afghanistans wiederherzustellen und einen Weg zu Frieden und Sicherheit in der Region zu ebnet. Vor allem Staaten wie Indien, China, Russland, USA, die europäischen Länder sowie die Islamische Konferenz und blockfreie Länder müssen als Beobachter und Garantmächte an einer solchen Konferenz teilnehmen, um künftige Interventionen auszuschließen.“

Waffenstillstand mit den Taliban?

Am 31. Juli 2009 veröffentlichten die Nationale Friedens-Jirga Afghanistans und die Kooperation für den Frieden eine weitere gemeinsame Erklärung mit einem Vorschlag für einen regionalen Waffenstillstand für Kunduz und verwies dabei auf ihre Erfahrungen im Bemühen um eine Waffenstillstandsvereinbarung. Unmittelbar nach dem Bombardement der Tanklaster bei Kunduz stieß dieser Waffenstillstandsvorschlag auch in hohen NATO-Kreisen auf Zustimmung. Vor diesem Hintergrund gelang es, den Taliban-Kommandeur Qari Bashir für einen einseitigen Waffenstillstand im

Raum Kunduz zu gewinnen, der bis Anfang November hielt. Die Quetta Shura um Mullah Omar wurde ebenfalls kontaktiert und zeigte sich bereit, einen solchen Waffenstillstand gegebenenfalls auf ganz Afghanistan auszuweiten. Leider konnten sich die Befürworter des Waffenstillstands innerhalb der NATO damals nicht durchsetzen.

Aus den von Wikileaks veröffentlichten NATO-Dokumenten geht hervor, dass die Bundeswehr in Kunduz Qari Bashir auf die NATO-Fahndungsliste („zur Ergreifung“) setzen ließ. Bashir wurde Anfang November 2009 bei einer Aktion von Spezialeinheiten der US-Armee und der afghanischen Armee getötet. Trotz des Scheiterns dieser Initiative konnten informelle Kontakte zu beiden Seiten der Konfliktparteien aufrechterhalten werden. Dabei zeigte sich, dass auf Seiten der Taliban die Diskussion über die Möglichkeit von Verhandlungslösungen positiv weiter ging.

So hat es bei der Quetta-Shura, dem 18köpfigen Führungsgremium um Mullah Omar, deutliche Entwicklungen gegeben, nicht nur weg von Al Kaida und dem pakistanischen Geheimdienst ISI, sondern auch weg von der Rechtfertigung der schrecklichen Herrschaftspraxis zwischen 1996 und 2001. Vorsichtige Bewegung gab es sogar in der für Taliban besonders ideologiebefrachteten Frage der Frauenrechte. So hat Mullah Omar in seiner Botschaft zum Ramadan 2010 zum ersten Mal das Wort „Frauenrechte“ formuliert, wenn auch eingeschränkt auf „islamische“ und ohne weitere Definition, was er darunter versteht. Entscheidend für Positionsveränderungen bei den Taliban wird sein, inwieweit sie sich als nationale afghanische Kraft verstehen. Denn die Talibanherrschaft von 1996 bis 2001 war ein massiver Bruch mit afghanischen Traditionen.

Bewegung bei den Taliban

In den 1980er Jahren hatten vor allem wahabitische Missionare aus

Saudi-Arabien Einfluss auf die Koranschulen in den pakistanischen Flüchtlingslagern und ihre Schüler (Taliban) gewonnen mit religiös-fundamentalistischen Auffassungen, wie sie in Afghanistan zuvor kaum bekannt waren. Auch die Kämpfer von Al Kaida, die damals nicht zuletzt mit westlicher Hilfe nach Afghanistan kamen, um dort gegen die sowjetische Armee zu kämpfen, hingen diesen wahabitischen Vorstellungen an. Eine Rückbesinnung auf afghanische Traditionen verlangt eine Trennung von Al Kaida. Diese Trennung wurde vor einem Jahr von der Quetta Shura öffentlich verkündet und wird von Diplomaten als ernsthaft akzeptiert. Weitaus schwieriger gestaltet sich die nötige Trennung vom pakistanischen Geheimdienst ISI. Dieser war wesentlich an der Gründung der Talibanbewegung beteiligt und hatte lange Zeit bestimmenden Einfluss. Versuche der Taliban sich davon zu lösen werden vom ISI mit Verhaftungen, aber auch mit Attentaten bekämpft. Willfährige Talibanführer werden dagegen vom ISI vor den Nachstellungen der US-Geheimdienste geschützt.

Für eine Friedenslösung wird eine Rückbesinnung der Taliban auf afghanische Traditionen der Neutralität und Blockfreiheit wichtig werden. Afghanistan gehörte zu den Gründungsmitgliedern der Bewegung der Blockfreien Staaten. Auf der Basis dieser Tradition ist eine Absage an ausländische Mächte, Militärstützpunkte in Afghanistan zu unterhalten, ebenso selbstverständlich wie die Mitarbeit in den Vereinten Nationen unter Anerkennung ihrer Beschlüsse einschließlich der Allgemeinen Deklaration der Menschenrechte. Zu den Selbstverständlichkeiten gehört dann auch, dass Afghanistan nach einem Abzug der ausländischen Truppen keine Basis für terroristische Aktivitäten bilden wird, die sich gegen die afghanische Bevölkerung oder gegen ausländische Staaten richten. Zu den afghanischen Traditionen gehören aber auch Frauenrechte. So wurde

in Afghanistan 1919, also im gleichen Jahr wie in Deutschland, das Frauenwahlrecht eingeführt. Das Recht der Frauen auf Bildung und Berufsausübung hat ebenfalls Tradition. Sicherlich werden die Taliban ihrerseits Wert darauf legen, auch solche afghanische Traditionen wieder lebendig werden zu lassen, die nicht westlichen Wertvorstellungen entsprechen. Nach dem Abzug der ausländischen Truppen werden die Afghanen selbst und ohne Einmischung von außen die Grundlagen der afghanischen Innenpolitik neu bestimmen.

Werden sich die verschiedenen afghanischen Konfliktparteien auf einen Weg des Dialogs einlassen? Da bleiben nach jahrzehntelangem Bürgerkrieg Fragen offen. Aber es gibt hinter den Kulissen Anzeichen für Kriegs-

müdigkeit und Gesprächsbereitschaft bei den verschiedenen Fraktionen. So trafen sich auf Konferenzen im Ausland bereits Vertreter unterschiedlicher afghanischer Konfliktparteien, allerdings noch ohne Teilnahme der Taliban.

Bundesregierung und NATO müssen sich jetzt entscheiden, ob sie an der Vorbereitung eines Friedensprozesses in und um Afghanistan mitwirken oder ob sie mit der Aufrüstung und Ausbildung der von der Nordallianz dominierten afghanischen Armee einen Bürgerkrieg nach dem Abzug der ausländischen Truppen vorbereiten wollen, in dem dann womöglich die afghanischen Volksstämme der Tadschiken und Usbeken gegen die unter den Paschtunen verankerten Taliban kämpfen.

Im Grunde bleiben der Bundesregierung zwei Optionen. Die eine heißt abwarten, ob die Debatte in den USA in Richtung Kriegsende führt und wenn nicht, an der Seite der USA für deren Ziele den sinnlosen Krieg weiterführen. Die zweite Option heißt: ein deutscher Sonderweg, der Gespräche initiiert, an denen sich auch andere beteiligen und denen sich die USA letztlich nicht entziehen können.

Zum Autor

Der Journalist Otmar Steinbicker ist Herausgeber des Aachener Friedensmagazins www.aixpaix.de. Er war von 2006–2009 einer der Sprecher der Kooperation für den Frieden (Zusammenschluss 50 deutscher Friedensorganisationen und -initiativen) und ist seither Mitglied des Kooperationsrates.



Foto: Katja Mielke

Das Rad lehnt vor einer Regierungsankündigung bei der Juma-Masjid in Herat, Afghanistan: Zur Erhaltung der antiken Stätten und zur Gründung nationaler Museen sollen alle notwendigen Schritte unternommen werden.